



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

Az. UVV

Drucksachen-Nr. 1827/12  
27.08.2012

**Antrag**  
**- öffentlich -**  
der SPD-Fraktion  
sowie der CDU-, GAL- und FDP-Fraktion

| Beratungsfolge                                      | am         | TOP |
|---|------------|-----|
| Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz | 28.08.2012 | 4.3 |

**Verwaltungsverfahren für Fahrradbügel verschlanken**

Gemeinsamer Antrag der SPD-, CDU-, GAL- und FDP-Fraktion  
(Tischvorlage)

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz der Bezirksversammlung Hamburg-Nord hat sich in seiner Sitzung am Dienstag, 19.06.2012, intensiv mit dem Thema "Fahrradabstellplatz in Hamburg-Nord" befasst.

Dabei stellte sich heraus, dass grundsätzlich nicht fehlende Mittel dem Bau neuer Fahrradbügel im Wege stehen, sondern dass das dazugehörige Verwaltungsverfahren zu umfangreich ist.

Um Fahrradbügel über die Titel der Fachbehörde (BWVI) abrechnen zu können, muss eine Haushaltsunterlage verfasst und abgestimmt werden. Nach Auskunft des Bezirksamtes sind dafür pro Aufstellstandort unabhängig von dessen Größe und der Anzahl der Radbügel ca. 40 Arbeitsstunden notwendig. Damit wäre die einzige Mitarbeiterin, die das Bezirksamt Nord für diesen Arbeitsbereich zur Verfügung hat, eine Woche lang beschäftigt.

Anders stellt sich dies dar, wenn die Gelder als Rahmenzuweisung dem Bezirksamt zur Verfügung stünden. Nach Auskunft des Bezirksamtes werden dafür weit weniger Arbeitsstunden benötigt, da nur die Abstimmung mit den zuständigen Stellen (Straßenverkehrsbehörde) anfallt, aber die umfangreiche Haushaltsunterlage entfällt.

Das Verwaltungsverfahren diesbezüglich scheint antiquiert und der Sache nicht gerecht zu werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung, die den Personalbestand der Bezirke in Anbetracht der aktuellen Planungen zusätzlich erheblich belasten wird, sollte eine vergleichbar einfache Abstimmungstätigkeit keines derart großen Zeitumfangs bedürfen. Ziel muss es sein, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen zügig zu einer umsetzbaren Entscheidung zu kommen. Dafür müssten entweder die notwendigen Verwaltungsverfahren geändert oder die Mittel anders verwaltet werden - bspw. als Rahmenzuweisung.

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz möge daher als Beschlussempfehlung für die Bezirksversammlung beschließen:

Beschlussvorschlag:

1. Das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung setzt sich bei der zuständigen Fachbehörde (BWVI) dafür ein, dass diese zusammen mit dem Bezirksamt ein geändertes Verwaltungsverfahren für die Festlegung und Finanzierung der Standorte von Fahrradabstellbügel vereinbart. Dabei soll der durchschnittliche Zeitumfang eines Vorgangs in der Regel je Standort nicht mehr als einen Arbeitstag (acht Arbeitsstunden) betragen.
2. Alternativ setzt sich das vorsitzende Mitglied dafür ein, dass die zuständige Fachbehörde dem Bezirksamt Mittel für die Montage von Fahrradbügel als Rahmenzuweisung (!) bereitstellt. Die Mittelverwendung könnte in diesem Fall ggf. durch eine Zielvereinbarung vereinbart werden.

Joerg W. Lewin und SPD-Fraktion  
Christoph J. Ploss und CDU-Fraktion  
Martin Bill und GAL-Fraktion  
Jan Tobias Behnke und FDP-Fraktion

Anlage/n:

ohne Anlagen